

ter-Kind-Stationen (für Kinder bis fünf Jahre) soll es auch in Billwerder geben. Aber wie sollen sich Kinder entwickeln, wenn sie eingeklemmt zwischen hoher Mauer und Sichtschutz aufwachsen?

Ein wichtiger Punkt sind auch die Arbeits- und Ausbildungsbedingungen. In Hahnöfersand gibt es z.B. das maßgeblich mit EU-Mitteln geförderte Projekt „Frauen starten“, mit dem nicht nur die berufliche Entwicklung von Frauen gefördert wird, sondern bei dem die Mitarbeiterinnen die Frauen auch nach ihrer Entlassung weiter begleiten, sie bei ihrer Weiterbeschäftigung und in den verschiedenen Belangen der Reintegration unterstützen. Fast alle Fachleute befürchten, allen gegenteiligen Versprechungen zum Trotz, dass sich für die Frauen in Billwerder qualitativ und quantitativ vieles verschlechtern und manches wegfallen wird.

Drittens: Tatsächlich nennt der Senat für die Verlagerung des Frauenvollzugs ausschließlich Haushaltsgründe. 900 000 Euro sollen bei der Verlagerung durch

Streichung von Personalstellen eingespart werden.

Es stimmt: Es gibt eine gewaltige Überkapazität an Haftplätzen, Folge vor allem des wahnsinnigen Gefängnisausbaus unter den CDU-Senaten. Es müssen Haftplätze abgebaut werden. Aber der Senat hat Alternativen, z.B. die ersatzlose Schließung von Haus 3 in Billwerder, nicht wirklich geprüft.

Worum es tatsächlich geht, hat der Senat in den Beratungen des Justizausschusses deutlich gemacht: Es geht um die weitere Zentralisierung des Justizvollzugs. Es geht um die einseitige Unterwerfung des Vollzugs unter die Maßstäbe ökonomischer Rationalität. Aber die wichtigste Frage darf nicht sein, wie am meisten Geld gespart werden kann, sondern die erste Frage muss sein: Was ist im Sinne eines Strafvollzugs, der auf die Reintegration („Resozialisierung“) von Gefangenen ausgerichtet ist, sinnvoll und geboten? Dieser Frage hat sich der Senat verschlossen, zum Schaden der inhaftier-

ten Frauen und zum Schaden der Weiterentwicklung reformerischer Ansätze im Strafvollzug.

Christiane Schneider

In der Debatte wurde auch darauf hingewiesen, dass es durchaus möglich und fortschrittlich ist, einen koedukativen Vollzug aufzubauen. Das aber braucht Voraussetzungen: kleine Anstalten, ein ausgeglichenes Zahlenverhältnis zwischen Männern und Frauen, weitest gehende Angleichung an normale Lebensverhältnisse, weitest mögliche Öffnung des Vollzugs – alles Voraussetzungen, die in Billwerder nicht gegeben sind.

http://www.strafvollzugsarchiv.de/index.php?action=archiv_beitrag&thema_id=&beitrag_id=559&gelesen=559

Das ist besonders im Justizvollzug kurzfristig gedacht: Misslingende Reintegration kommt nicht nur die Gesellschaft teuer, sondern auch den Strafvollzug, weil hohe Rückfallzahlen zu höherem Bedarf an Haftplätzen, Personal etc. führen.

ANTIMILITARISMUS

Kriegsklotz und Höltigbaum

Wie berichtet, verlaufen die Bemühungen, am Kriegsklotz ein Denkmal für die Deserteure der Wehrmacht zu errichten, bisher erfreulich erfolgreich. Wichtig ist für das Bündnis, das sich diese Aufgabe gestellt hat, aber auch, das Thema im Bewusstsein der Öffentlichkeit wach zu halten. Diesem Zweck dient eine Vielzahl kleinerer Veranstaltungen, wie die, die am 16. März im „Haus der wilden Weiden“ am Höltigbaum (Rahlstedt) stattfand. Anschließend wurde an der Gedenktafel für die am Höltigbaum erschossenen Deserteure (Ecke Höltigbaum/Sieker Landstraße) eine kleine Erinnerungsfest abgehalten: Es gab eine

kurze Ansprache und anschließend wurden Blumen niedergelegt.

Hierzu hat das Bündnis für ein Hamburger Deserteursdenkmal einen Bericht auf seiner Homepage veröffentlicht: <http://www.niqel.de/deserteur/hoeltigbaum13.htm>.

An dieser Stelle soll schon einmal darauf hingewiesen werden, dass das Bündnis vom 1. bis 4. Mai während des Kirchentages wieder ein „Klotzfest“ veranstalten wird. Hier gibt es für Personen, die das Projekt der Errichtung eines Deserteursdenkmals unterstützen möchten, eine Fülle von Möglichkeiten, sich zu beteiligen. Auf einem Flyer heißt es: „Wir

suchen Mitwirkende bei der Verhüllungsaktion oder im Cafézelt oder beim Festaufbau.“ Gesucht werden – so möchte ich hinzufügen – auch Personen, die sich mit einem Beitrag von bis zu 10 Minuten an einer Lesung am Kriegsklotz beteiligen möchten. Dazu mehr in der nächsten Ausgabe der LB.

Lothar Zieske

Wer sich an der Lesung am Kriegsklotz beteiligen möchte kann sich an die Lokalberichte Hamburg wenden (Betreff: Lesung am Kriegsklotz o.ä.; Danke). Wir werden dies gerne weiterleiten.

(Red.: Lokalberichte-Hamburg@freenet)

Nein bürgerlicher Parteien zum „Hiroshima-Platz“

Kurz vor Sitzungsschluss der Bezirksversammlung Mitte wurde ein gemeinsamer Antrag der Grünen und der LINKEN aufgerufen, der vorschlug, die Fläche am sog. „Kriegsklotz“ (76er-Denkmal) am Dammtor als „Hiroshima-Platz“ umzubenennen.

Leider fand der Antrag keine Mehrheit.

Die FDP erklärte, die vorgeschlagene Fläche sei mit dem 76er-Denkmal, dem Gedenkmal von Alfred Hrdlicka sowie dem vom Senat nunmehr ins Auge gefassten Deserteursdenkmal für die Opfer der faschistischen Militärjustiz womöglich bereits „überfrachtet“. Die SPD schloss sich dem an, will aber weiter nach einer passen-

den Fläche im Bezirk suchen ... Die CDU hatte zum Thema nichts beizutragen.

So blieb es bei der Unterstützung des Antrags durch LINKE, Grüne und Piraten – abgelehnt mit den Stimmen von SPD, CDU und FDP.

„Damit ist die Chance vertan, auf einer exponierten Fläche in der Innenstadt ein

Zeichen zu setzen gegen den Wahnsinn der atomaren Bewaffnung in dieser Welt“, sagt Olaf Harms, der namens der LINKEN den Antrag eingebracht hatte. „Zumal an diesem Ort der Widersprüche viele Gedenkveranstaltungen stattfinden bzw. ihren Ausgang nehmen. Dort gäbe es auch nicht die Probleme wie in der

Hafencity, wo sich – verständlicherweise – AnwohnerInnen gegen die Benennung einer Wohnstraße als ‚Hiroshimastraße‘ gewehrt haben.“

„Schön, dass die SPD grundsätzliches Verständnis für das Anliegen zeigt. Mit ihrer Argumentation und ihrem Abstimmungsverhalten hat sie allerdings deut-

lich gemacht, dass es mit ihr den Hiroshima-Platz wohl erst am St. Nimmerleinstag geben wird“, so Bernhard Stietz-Leipnitz, Fraktionsvorsitzender der LINKEN in der BV Mitte.

Link zum Antrag: <http://folu.mel1bX>

ANTIFASCHISMUS